agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

ASIEN/JAPAN - Bischöfe wünschen sich von Ministerpräsident Shinzo Abe „ein klares Nein" zur Atomkraft und "die Beibehaltung des Artikels 9 der Verfassung"

Tokio (Fidesdienst) – Anlässlich eines Treffens des japanischen Premierministers Shinzo Abe mit dem US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama appellieren die japanischen Bischöfe an den Regierungschef des Landes. In ihrem gemeinsamen Appell fordern die Bischöfe die Beibehaltung des Artikels 9 der japanischen Verfassung, der den „ausdrücklichen und absoluten Verzicht auf Krieg“ bekräftigt. Ein klares „Nein“ wünschen sich die Bischöfe auch im Hinblick auf Aufrüstung und Atomenergie für zivle und militärische Zwecke.
Nach den Wahlen im Dezember 2012 kehrte die Demokratische Partei mit Shinzo Abe an die Macht zurück, der in sein Regierungsprogramm auch die Revision des Artikels 9 der Verfassung aufnahm, was Japan in einen Staat verwandeln würde, der „im Falle eines Krieges mitwirkend und unterstützten sein kann“. Abe, der gestern in Washington von Präsident Obama zu einem Gespräch empfangen wurde, bekräftigte bei diesem Anlass das strategische und militärische Bündnis mit den Vereinigten Staaten, die an einer Ausweitung des geopolitischen Einflussbereichs in Ostasien interessiert sind.
Angesichts der konkreten Möglichkeit der Verwandlung in ein „potentiell kriegführendes Land“ erheben die japanischen Bischöfe ihre Stimme. In einem vom Vorsitzenden der bischöflichen Justitia-et-Pax-Kommission, Bischof Marcellino Daiji von Tani, unterzeichneten Schreiben, das dem Fidesdienst vorliegt, lancieren die Bischöfe einen „beherzten Appell an die Regierung“ und betonen: „Wir glauben, dass der Frieden nicht durch militärische Macht erlangt werden kann. Wir sind überzeugt, dass es allein durch einen geduldigen und für Unterschiede offenen Dialog möglich ist, Gerechtigkeit, Gleichheit und gegenseitigen Respekt unter Völkern und Nationen herbeizuführen.“
In ihrem Appell weisen die Bischöfe darauf hin, dass „eine Änderung des Artikels 9 der Verfassung zu einem Anstieg der militärischen Spannungen in Asien insbesondere mit China und Nordkorea und zu einem sich daraus ergebenden Wettrüsten kommen könnte.“
„Ohne den Artikel 9“, heißt es in dem Text weiter, könnte Japan sich zu einer weiteren Atommacht entwickeln, was sie bisherigen Bemühungen um ein weltweites Verbot von Atomwaffen stark einschränken könnte“.
Die Bischöfe erinnern in ihrem Appell auch den US-amerikanischen Präsidenten Obama daran, dass „die Regierung der Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle bei der Entstehung der gegenwärtigen japanischen Verfassung gespielt hat, die auf dem Wert des Friedens gründet“. Heute, so die Bischöfe „unterstützt und begrüßt ein Großteil der Menschen dieses Landes eine gewaltlose Verfassung“. Aus diesem Grund bitten die Bischöfe die Regierung um ein weiteres Voranschreiten auf einem Weg der „Gewaltlosigkeit“ und der Kooperation mit den anderen Ländern Ostasiens. (PA) (Fidesdienst, 23/02/2011)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it